

Wenn der Ruf verspielt ist

Zu: „Grüger leitet Ausschuss zu Hanau“, FR-Region vom 29. Juni

Wie nett. Da hat also Marius Weiß einen Fehler begangen. Interessant, dass ihm Kaweh Mansoori, der SPD-Bundestagsabgeordnete, beispringt, der als Jurist die Unterschiede zwischen einem Fehler und dem Straftatbestand der Urkundenfälschung, die aktuell staatsanwaltschaftlich untersucht wird, kennen müsste. Er sagt: „Wir wissen, was Weiß geleistet hat.“ Ja, das wissen wir von den Flughafen-Bürgerinitiativen auch: Wir kennen Weiß als einen Hardcore-Fraport-Versteher, der in der SPD jeden Antrag, die vom Flughafen ausbau stark betroffenen Bürger zu entlasten und ernst zu nehmen, verhindert oder verwässert. Er ist dafür zuständig, dass sich im Hessen Wahlprogramm der SPD eins zu eins Fraport-Wording wiederfindet.

Warum sollen die Gründe, die zu seinem Rücktritt aus dem Hanau-Untersuchungsausschuss geführt haben, nicht auch für sein Landtagsmandat gelten? Oder stört Urkundenfälschung nur die Tätigkeit im Untersuchungsausschuss, aber im Landtag braucht sich ein hessischer Abgeordneter nicht um eine „andere Fehlerkultur und Glaubwürdigkeit“ zu kümmern? Der Bezirksvorsitzende Mansoori sagt, von seiner Partei werde Weiß die Chance bekommen, das Vertrauen wiederherzustellen. Hier verspielt Mansoori nicht nur seine eigene Reputation. Er braucht sich nicht zu wundern, wenn die AfD in Umfragen aktuell mit der SPD gleichauf liegt.

Friedhilde Scholl, Frankfurt



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:
Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Mailen Sie an:
Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zusage auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie: frblog.de/f20230530

Wer zahlt für den Dreck?

Straßenreinigung: „Krasse Gebührenerhöhung“, FR-Region v. 7.6.

Die Beschwerden über die horrenden Erhöhungen der Gebühren für Straßenreinigung der Stadt Frankfurt kann ich gut nachvollziehen. Für mich erhebt sich dabei immer die Frage: Wer verursacht den Dreck und wer muss dafür bezahlen? Verursacher sind nicht die Anlieger bzw. Eigentümer! Es sind die Menschen, die die Straße benutzen und alles fallen lassen, egal was. Diese Menschen müssen an den Kosten für die Müllbeseitigung beteiligt werden. Wenn die Verursacher nicht mit den vorgesehenen Strafen belegt werden, so müssen sie doch in die Reinigungskosten einbezogen werden.

Allen Straßenanliegern und Einwohnern müssen gleichermaßen die Straßenreinigungsgebühren auferlegt werden, die entstehen, und nicht nur denen erhöhte Gebühren abverlangt werden die sowieso den Dreck vor ihrer Tür ertragen müssen. Die Stadtverwaltung sollte Ihren Ansatz für die Reinigungsgebühren überarbeiten und gerechter gestalten.

Edith Heuser, Frankfurt

FR ERLEBEN

Andreas Schwarzkopf moderiert die Podiumsdiskussion „Die Risiken gegenüber China minimieren, aber wie?“ Mit Reinhard-Bütikofer (Grüne, MdEP), Gabriela Heinrich (SPD, MdB) und Jonas Wolff (Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung. Stream: youtube.com/hausamdom
Mittwoch, 12. Juli, 18.30 Uhr
Haus am Dom, Domplatz 3, Frankfurt

Der Aufschrei müsste viel lauter sein

English Theatre: „Symbolisches Theater“ und „Investor will Galileo sanieren“. FR-Region vom 9. und 20. Juni

Höchste Zeit für grundsätzliche Fragen

Die Existenz und der Standort eines Theaters dürfen nicht von seiner Bedeutung für die Wirtschaft abhängig sein. Das gilt auch für das English Theatre Frankfurt (ETF), das seit seiner Gründung 1979 eine wechselvolle Geschichte aufweist. Diese war häufiger von finanziellen Schwierigkeiten geprägt, dennoch verstand sich das mittlerweile größte englischsprachige Theater in Kontinentaleuropa nie als Auftragnehmer des Kapitals, sondern verfolgte ausschließlich Kulturinteressen.

Der Verkauf der Liegenschaft an die Commerzbank, dann an den südkoreanischen Fond Triuva und schließlich an den Immobilienfond CapitaLand in Singapur machen deutlich, dass internationale Spekulanten die politische Gewalt in Deutschland an sich reißen wollen. Capita-

Land besitzt in Frankfurt auch das Main Airport Center (MAC).

Alle Zeichen deuten auf das Ende des ETF oder allenfalls auf eine randständige kümmerliche Weiterexistenz hin. Politische Hilfe ist nicht zu erwarten. Frankfurts Kulturdezernentin ist bereits mit einer Lösung für die Theaterdoppelanlage überfordert. Der neue OB verdankt seine Wahl nicht zuletzt dem Engagement eines Immobilienspekulanten. Da ist es höchste Zeit, grundsätzliche Fragen zu stellen.

Die Klimakatastrophe belegt, dass über Luft, Wasser, Flora und Fauna nicht privat und erst recht nicht privatwirtschaftlich verfügt werden darf. Das gilt auch für Grund und Boden. Erst wenn die Fesseln fallen, welche sämtliche Formen der gemeinschaftlichen Daseinsvorsorge blockieren, kann sich der selbstbestimmende Mensch durchsetzen.

Klaus Philipp Mertens, Frankfurt

Ein gnadenlos kapitalistisches Geschäft

Der Aufschrei in Frankfurt wegen der Kündigung seines English Theatre müsste viel größer sein! Gibt es überhaupt einen?

Da hat sich Frankfurt mühselig eine kulturelle Position erarbeitet, speziell das vielerorts renommierte English Theatre, und nun das: ein gnadenlos kapitalistisches Geschäft ohne alle Rücksichten. Der Investor hat doch kein Interesse an einem Theater! Die Commerzbank kann sich eiskalt auf „nichts Schriftliches im Grundbuch“ berufen. Und die Stadt? Hat wohl geschlafen. Oder es ist ihr ziemlich egal.

Klar, es ist keine Elphi, der man aus eigener Initiative unter die Arme greifen könnte. So was kommt nur im fernen Hamburg vor. Aber Frankfurt war auch einmal eine Freie Stadt.

Ilona Horn, Marburg

Wertschätzendes Miteinander

Wahlparteitag der CDU Hessen: „Hundert Prozent für Boris Rhein“, FR-Region vom 26. Juni

Die FR berichtete vom Parteitag der CDU in Darmstadt von stehenden Ovationen für die Rede von Boris Rhein, der u.a. „eine flächendeckende Einheitsschule“ verhindern will. Was soll dieser Abklatsch der kochschen Wahlpropaganda aus 1987? Damals polemisierte die CDU gegen die Förderstufe, eine eingeführte, gelungene Weiterentwicklung des hessischen Schulwesens, und kippte diese nach ihrem Wahlerfolg. Heute sehe ich keine entsprechende Entwicklung – aber Rhein ignoriert und diskreditiert mit solchen Parolen einmal mehr die sozialpolitische und gesellschaftliche Leistung, die die hessischen Gesamtschulen – die meint er ja wohl – zur Bewältigung der gesellschaftlichen Herausforderungen beigetragen haben. Dagegen haben sich die Gymnasien als sonder-

de Schule vor jedweder Beteiligung an diesen Aufgaben drücken können. Dies soll wohl durch derart absurde Polemik kaschiert werden.

Rhein möchte deren Freistellung von der Lösung gesellschaftlicher Probleme stillschweigend fortschreiben. Besonders ignorant ist die Behauptung, das sondernde Schulsystem fördere die Vielfalt – das Gegenteil liegt auf der Hand: Die ihren jeweiligen Standards verpflichteten Schulformen fördern die Einfalt. Wer dem Standard nicht entspricht, gehört nicht auf diese Schule! Nur eine Schule, die alle Kinder in ihrer Verschiedenheit wahrnimmt und sie in gemeinsamen Lerngruppen zu ihren bestmöglichen Abschlüssen führt, ermöglicht zugleich die Erfahrung eines wertschätzenden Miteinanders aller. Dies ist der Kern des Zu-

sammenlebens in der Demokratie. Dies müssen die Kinder schon in der Schule erleben, um die Werte unserer Verfassung bewusst wahrzunehmen und als Erwachsene zu leben, wie Norbert Lammert in der Paulskirche als Aufgabe jeder Generation formulierte. Alle sind gleich an Rechten, Wert und Würde, zugleich verschieden in ihren Fähigkeiten, Interessen und Lebensbedingungen. Dem muss das Schulwesen von Anfang an Rechnung tragen, denn: „Wir müssen verhindern, dass schon in den Vor- und Grundschuljahren Klassenunterschiede entstehen und sich verfestigen“, wie Bundespräsident Steinmeier 2019 in der Paulskirche forderte. Die Gesamtschulen helfen mit. Das sollte ein Landeswater begrüßen und unterstützen!

Gerd-Ulrich Franz, Groß-Umstadt

Ob Google wirklich Steuern zahlt?

Dietzenbach: „Vorhaben mit Modellcharakter“, FR-Regional vom 7. Juni

Natürlich ist es zunächst einmal zu begrüßen, dass das US-amerikanische Unternehmen Edge Connex die Fassade und das Dach seines neuen Rechenzentrums begrünen will, etwa 30 Prozent des gesamten Grundstück als Grünfläche plant, die anfallende Abwärme energetisch perspektivisch nutzen will und nicht zuletzt ein geschlossenes Kühlsystem ohne Wasserverluste. Ein ökologisch-nachhaltiges Modellprojekt wird aus diesem Vorhaben aber noch lange nicht, weil der Stromverbrauch dieser Rechenzentren ja gigantisch ist und hoffentlich aus erneuerbaren Energien gedeckt wird. Zudem wird eine weitere große Freifläche in dem ohnehin bereits mit Industriehallen zuge-

pflasterten Gewerbegebiet versiegelt. Auf einem 36 000 Quadratmeter großen Grundstück sollen lediglich 50 neue Arbeitsplätze entstehen. Das sind 750 Quadratmeter pro Kopf. Die Frankfurter Banken brauchen dafür im Durchschnitt gerade mal 25 Quadratmeter.

Die Verantwortlichen der Stadt Dietzenbach sollten eigentlich allerhöchstes Interesse an der Ansiedlung von kleinen und mittelständischen Betrieben haben, die nachhaltig qualifizierte und zukunftsorientierte Arbeitsplätze mit hoher Wertschöpfung und geringem Flächenverbrauch schaffen und deren Inhaber sich darüber hinaus der Region auch persönlich verbunden fühlen. Im Zeitalter der Internetökono-

mie sollen Daten das Gold des 21. Jahrhunderts sein. Man kann nur wünschen, dass in Dietzenbach nicht nur die Investoren Gold schürfen und die Kommune später auf dem Abraum sitzen bleibt, sondern dass tatsächlich, wie Bürgermeister Lang hofft, „signifikante Einnahmen aus der Gewerbesteuer“ im Stadtsäckel hängen bleiben.

Googles Rechenzentrumsprojekt sollte eine Warnung sein, denn das weltweit vernetzte Unternehmen ist berüchtigt dafür, in Deutschland zwar Umsätze und Gewinne zu generieren, dafür aber durch geschickte und skrupellose Verschiebung der Profite am Ende hier gar keine Steuern zu zahlen.

Hans Schinke, Offenbach